

POLITISCHE FÜHRUNG DURCH KOMMUNIKATION

Ulrich Eith

Der nachfolgende Essay verbindet die Frage nach der Zukunft der Volksparteien in Deutschland mit den kommunikativen Aspekten erfolgreicher politischer Führung. Ausgangspunkt ist hierbei gerade nicht die vielfach vertretene These, dass sich die Ära der Volksparteien fast zwangsläufig als Konsequenz der aktuellen Veränderungen des politischen Wettbewerbs ihrem Ende zuneigt. Ohne Zweifel haben die Volksparteien zurzeit große Schwierigkeiten, zielgerichtete, mehrheitsfähige Politikangebote zu formulieren. Die traditionellen Stammwählergruppen sind weiter geschmolzen, Parteibindungen lockern sich. Und die Wahlverweigerung wird von einer zunehmenden Anzahl von Wählern als bewusste Protestoption wahrgenommen und eingesetzt. Allerdings hat dieser Protest ganz unterschiedliche Ursachen. Je nach Situation und individueller Ressourcenausstattung erwarten Bürgerinnen und Bürger von der Politik eine anwaltliche Vertretung und effektive Problemlösung im Sinne ihrer politischen Interessen oder auch die Eröffnung von umfangreicheren Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten. Die Volksparteien tun sich außerordentlich schwer, diesen teils widersprüchlichen Anforderungen gerecht zu werden. In sozialwissenschaftlicher Terminologie ausgedrückt stehen Input- und Output-Forderungen nebeneinander, vermischen sich und bestimmen zugleich die Erwartungshaltung der

Wählerinnen und Wähler. Und dennoch ist die Zukunft offen. Volksparteien können ihre Chancen nutzen, so die hier im Folgenden näher ausgeführte These, indem sie „zuhören“ und sich „kümmern“, also den direkten, unmittelbaren Dialog mit potentiellen Wählerinnen und Wählern als selbstverständlichen Bestandteil von politischer Führung ansehen.

ENTFREMUNG VON POLITIKERN UND BÜRGERN

These 1: Das Verhältnis von Parteien und Wählern ist durch wechselseitige Entfremdung und Unverständnis gekennzeichnet. Politiker und Bürger haben unterschiedliche Erwartungen von der Politik und sprechen zunehmend weniger dieselbe Sprache.

Im Zuge der Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften hat sich auch der politische Sektor zu einem Teilsystem mit eigenen Gesetzmäßigkeiten und Rationalitätskriterien entwickelt. Politik ist zwischenzeitlich ein eigenständiges Berufsfeld mit überschaubaren Karrieremustern geworden. Und wie in jedem anderen Beruf bemisst sich der Erfolg eben auch am eigenen Weiterkommen. Von außen betrachtet wird insbesondere der jüngeren Politikergeneration gerne eine gewisse Konformität und Stromlinienförmigkeit attestiert. Nun mag es verschiedentlich zutreffen, dass politische Positionen vor allem instrumentell, mit Blick auf persönliche Profilierungschancen vertreten werden. Darüber hinaus ist das parteiübergreifend vergleichbare Auftreten von Politikern aber auch das Ergebnis der fortgeschrittenen Professionalisierung des politischen Betriebs und der damit einhergehenden Herausbildung eigenständiger Verhaltens- und Handlungsroutinen. Längst haben sich auch in der Politik berufsspezifische Rollenmuster herausgebildet, etwa auf Bundesebene der nach außen polarisierende Generalsekretär, der nach innen wirkende Bundesgeschäftsführer, der auf fraktionelle Geschlossenheit bedachte parlamentarische Geschäftsführer oder auch der fachlich spezialisierte Sachpolitiker. Bezeichnenderweise haben Seiteneinsteiger heute seltener Erfolg als in früheren Jahrzehnten, ihren eigenen Platz zu finden. Paul Kirchhof ist an den politischen Spielregeln gescheitert, Ursula von der Leyen hingegen beherrscht sie virtuos.

Hinzu kommen eigene Sprachcodes. Im inner- und zwischenparteilichen Wettbewerb finden verabredete Sprachregelungen, gesprochene oder auch ausgelassene Nebensätze sowie besondere Begrifflichkeiten und Nuancierungen Verwendung, deren vollständige Bedeutung sich oft nur

noch den direkt Beteiligten erschließt, bestenfalls noch manchen Beobachtern und Analytikern des politischen Prozesses. Der breiten Öffentlichkeit hingegen sind die Verlautbarungen von Politikerinnen und Politikern vielfach eher fremd, erscheinen künstlich, zumindest weit entfernt von umgangssprachlichen Formulierungen und alltagsweltlichen Gewohnheiten. Vergleichbares lässt sich natürlich auch über Juristen oder Mediziner sagen.

Und so leben Politiker und Bürger häufig in unterschiedlichen Welten. Erfolgreiche Politik bemisst sich aus Sicht vieler Akteure zunächst an den sich dadurch eröffnenden individuellen Karrierechancen. Inhaltlich richtet sich der Blick vor allem auf makroökonomische Indikatoren, etwa den Rückgang der Arbeitslosigkeit, den Abbau der Staatsverschuldung, den Anstieg von Wachstumsraten oder auch die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Richtig daran ist, dass diese Wirtschaftsdaten in der Tat Teilaspekte, Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Lösung politischer Probleme sind. Dennoch beruhen die politischen Bewertungen und Forderungen der Bürgerinnen und Bürger in erster Linie auf der Einschätzung der eigenen Situation und den individuellen Erfahrungen. Bei vielen sind diese Erfahrungen in den letzten Jahren durch einen massiven, bedrohlichen Anstieg von Unsicherheit geprägt. Inzwischen kennen selbst große Teile der eigentlich etablierten Mittelschichten die Ängste vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und – damit verbunden – dem eigenen sozialen Abstieg. Positive Konjunkturdaten können daran kaum etwas ändern. Selbst stabile Gewinne stellen in vielen Betrieben längst keine Garantie mehr für die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes dar. Wichtiger Teil des gegenseitigen Unverständnisses zwischen Politikern und Bürgern ist somit die derzeit nur schwer zu überbrückende Kluft zwischen den gesamtwirtschaftlichen Daten und den individuellen Wahrnehmungen und Bewertungen. Die Schnittmengen der Lebenswelten werden offenbar kleiner, die Betrachtungsperspektiven unterscheiden sich deutlich.

DOPPELFUNKTION DER VOLKSPARTEIEN

These 2: Volksparteien haben eine doppelte Funktion. Zum einen wirken sie als Konsensmaschinen, zum anderen strukturieren sie durch ihre Angebote den politischen Wettbewerb.

Die Volksparteien der Nachkriegszeit unterscheiden sich von den Integrationsparteien der Weimarer Republik. Waren diese in erster Linie noch

„politische Aktionsausschüsse“¹ einzelner gesellschaftlicher Milieus, konkurrieren Volksparteien heute um die Mehrheit bei Wahlen und spiegeln in Auftreten und strategischer Wähleransprache die Bedingungen der pluralistischen Wettbewerbsgesellschaft wider. Bereits in den 1960er Jahren hat Otto Kirchheimer das Prinzip der Stimmenmaximierung als spezifisches Kennzeichen der Volkspartei herausgearbeitet.² Voraussetzung und Grundlage sind demnach eine gewisse Entideologisierung der politischen Programme und Zielsetzungen, ein größerer Handlungsspielraum für die Parteispitzen und eine Ausrichtung der Politik eher an den Interessen potentieller Wähler als an denjenigen der Mitglieder.

Für die Stabilisierung und Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik waren die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD von großem Vorteil. Im „Zweieinhalb-Parteiensystem“ der ersten drei Jahrzehnte konnten sie breite Wählerschichten repräsentieren und diesen im politischen Wettbewerb Gehör verschaffen. Außerparlamentarischen Gruppen gelangen keine dauerhaften Erfolge. Und selbst die Etablierung der Grünen nach 1980 hat an diesem stabilen Grundmuster und der Dominanz von Union und Sozialdemokratie nur wenig geändert. Fortan standen sich im Vier-Parteien-System zwei festgefügte, ideologische Blöcke gegenüber. Mit der Deutschen Einheit relativierte sich dann schrittweise die beherrschende Stellung der beiden Volksparteien. Zunächst auf Ostdeutschland beschränkt versammelte die PDS das alte sozialistische Milieu und die Kritiker des Vereinigungsprozesses. In manchen ostdeutschen Städten und Regionen erreichte sie hierbei bereits den Charakter einer Volkspartei. Realistische Chancen auf eine erfolgreiche Etablierung im Westen ergaben sich allerdings erst als Folge der Frustrationen über den Reformkurs der Schröder-Regierung. Die neue Linkspartei – im Osten deckungsgleich mit der bisherigen PDS – hat derzeit gute Chancen, in weitere westdeutsche Landtage einzuziehen. So steht besonders die SPD in der ernsthaften Gefahr, ihre Stellung als Volkspartei zu verlieren. Doch auch die Union hat realisiert, dass die Mehrheitsfähigkeit stets aufs Neue erarbeitet werden muss. Ihre derzeitigen Bemühungen, im gesellschaftspolitischen Bereich wieder Anschluss an die Lebenswirklichkeit moderner Mittelschichten zu finden – etwa bei Kinderbetreuung, Zuwanderung, Integration oder Bildung –, verdeutlichen die Defizite der vergangenen Jahre.

Die demokratiestabilisierende Funktion von Volksparteien liegt zunächst im innerparteilichen Interessenausgleich, den die Parteien über breite

Wählerkreise hinweg herstellen. Pro Partei gibt es nur ein Wahlprogramm und nur einen Spitzenkandidaten. Volksparteien wirken somit als Konsensmaschinen in pluralistischen Gesellschaften und tragen so zur Verlässlichkeit der politischen Rahmenbedingungen bei. Die Herstellung eines innerparteilichen Konsenses erleichtert etwa eventuelle Koalitionsverhandlungen. In Parteiensystemen ohne Volksparteien muss die Regierungsbildung häufig durch wesentlich aufwendigere Verhandlungen zwischen mehreren kleineren Parteien abgesichert werden. Entsprechend größer sind dann das Risiko des Scheiterns und die Wahrscheinlichkeit vorzeitiger Neuwahlen.

Zentral für die Akzeptanz eines Parteiensystems ist jedoch seine Responsivität, das Ausmaß, in dem die Parteien relevante gesellschaftliche Themen und Konfliktlagen aufgreifen und in alternative politische Handlungsoptionen umsetzen. Die Repräsentation gesellschaftlicher Interessen beschränkt sich jedoch keineswegs auf ein passives Nachvollziehen gesellschaftlicher Veränderungen und Wandlungsprozesse. Mindestens ebenso gewichtig sind die aktiven Gestaltungsmöglichkeiten des politischen Spitzenpersonals. In vielen Themenbereichen besitzen die Parteien neben und im Verein mit den Medien faktische Deutungsmacht. Vor allem in Wahlkämpfen definieren sie die aktuellen gesellschaftlichen Problemlagen – und somit die Welt, in der wir leben – entsprechend ihren jeweiligen, von den Wählern zugeschriebenen Kompetenzen. Dem liegt die machstrategisch legitime Absicht zugrunde, mit den eigenen politischen Vorstellungen und Lösungsangeboten punkten zu wollen. So hat die SPD in der Vergangenheit zumeist soziale Konflikte in den Vordergrund gerückt, die Union hingegen aufgrund ihrer Wirtschaftskompetenz stärker die Rahmenbedingungen der ökonomischen Entwicklung.

Pluralistische Gesellschaften mit breit gestreuten Interessenlagen und unterschiedlichen politischen Weltbildern eröffnen Spielräume für erfolgreiches *Agenda-Setting*, das erfolgreiche Setzen von politischen Themen. Parteien konkurrieren hierbei mit Medien, Verbänden und Interessengruppen. Ein besonderes Augenmerk muss deshalb auf der kommunikativen Vermittlung ihrer Politik liegen.

HERSTELLUNG VON AKZEPTANZ FÜR POLITISCHE FÜHRUNG

These 3: Politische Führung erschöpft sich nicht in der Vorgabe und Durchsetzung politischer Ziele. Erfolgreiche politische Führung bedarf der

breiten Akzeptanz, die in der Regel nur durch einen Dialog zwischen Regierenden und Regierten zu erreichen ist.

Legitime Herrschaft gründet nach Max Weber auf der Zustimmung der Regierten.³ Demokratien setzen hierzu auf regelmäßige Wahlen und die Überzeugungskraft von Argumenten. Verordnete Reformen im Stile einer „Basta“-Politik sind zumeist wenig hilfreich, sowohl angesichts der seit den 1980er Jahren gestiegenen Partizipationsbedürfnisse als auch mit Blick auf die neuerdings sich verstärkenden sozialen Spaltungen und die damit verbundenen Existenzängste. Die SPD zahlt heute den Preis für die jahrelangen Versäumnisse ihres politischen Spitzenpersonals, die eigene Politik nicht ausreichend kommuniziert und für entsprechende Unterstützung geworben zu haben.

Politik kann heute nicht mehr wie in Zeiten unverrückbarer Parteibindungen über die Köpfe der Menschen hinweg durchgesetzt werden. Allerdings meint Kommunikation im hier verstandenen Sinne mehr als Stimmdemokratie, mehr als allein den Blick auf demoskopische Momentaufnahmen. Längerfristig angelegte politische Kommunikation hat auch wenig gemein mit den üblichen Marketingstrategien zu Wahlkampfzeiten. Das Vertrauen in die Politik und die Volksparteien kann nur wachsen und sich festigen, wenn Bürgerinnen und Bürger sich ernst genommen fühlen – trotz im Allgemeinen begrenzter Detailkenntnisse der politischen Zusammenhänge. Hilfreich erscheint der Vergleich mit der Medizin. Auch Patienten entwickeln ein Gespür dafür, ob sie der Diagnose und den Therapievorschlügen ihres Arztes trauen können, ob der Arzt sich seiner Sache sicher ist, ob er überzeugend wirkt oder ob Unsicherheiten spürbar sind. Hier wie auch in der Politik geht es um Vertrauen, dass letztlich nur durch intensive Kommunikation aufgebaut werden kann.

Politik ist Dienstleistung und politische Führungsstärke erwächst im Dialog. Allerdings müssen diese Dialoge auch von Politikern stets aufs Neue initiiert und organisiert, Parteistrukturen weiter geöffnet und Mitspracherechte ausgebaut werden. Inhaltlich geht es um eine lebensnahe und offene Diskussion gesellschaftlicher Problemlagen. Wen überzeugen Verweise auf passable makroökonomische Zahlen, wenn etwa die kalte Progression und gestiegene Energiepreise den eigenen monatlichen Finanzrahmen stetig schrumpfen lassen? Eigene Erfahrungen lassen sich nicht wegdiskutieren und Klagen über die Undankbarkeit oder Unwissenheit mancher Wähler sind kontraproduktiv. Die individuellen Lebensrealitäten

sind der Ausgangspunkt des politischen Geschäfts. Vor diesem Hintergrund gilt es für die Parteien, Perspektiven und Handlungsalternativen für die kommenden Jahre zu entwerfen und dafür mit guten Argumenten zu werben. Und im Falle des Wahlsiegs zählt dann natürlich auch die Konsequenz bei der Umsetzung.

Politische Führungsstärke bemisst sich in Demokratien nach dem Grad der Überzeugungskraft und weniger nach dem Ausmaß der Durchsetzungsmacht. Wenn die Volksparteien ihre politischen Angebote wieder stärker auf die tatsächlichen Lebensumstände ihrer Wählerinnen und Wähler beziehen, dann haben sie auch zukünftig gute Chancen. Wenn die Situationsdeutungen der etablierten Parteien jedoch längerfristig an den Lebenswelten der Menschen vorbeigehen, steigen die Chancen für politische Populisten.

- 1| Lepsius, Mario Rainer: *Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*. In: Ritter, Gerhard Albert (Hrsg.): *Deutsche Parteien vor 1918*. – Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1973. – S. 56-80. – (Neue wissenschaftliche Bibliothek; 61).
- 2| Vgl. Kirchheimer, Otto: *Der Wandel des westdeutschen Parteiensystems*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 6 (1965) 1, S. 20-41.
- 3| Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Studienausgabe. – 5., rev. Aufl. – Tübingen: Mohr, 1990.